

## Rundschreiben 01/2008

### ▪ **Elke Platz-Waury wiedergewählt**

Einstimmig wurde Prof. Dr. Elke Platz-Waury als vhw-Bundessvorsitzende wiedergewählt. Als Schwerpunkte für die nächsten Monate nannte sie die Reform der W-Besoldung, die Ermöglichung des tenure track für alle Hochschularten, die Bewältigung des Studierendenhochs, die Problematik des Hochschulbegriffs und die Konsequenzen aus der Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes für Universitäten wie Fachhochschulen gleichermaßen.

### ▪ **Gewerkschaftstag 2007 des dbb beamtenbund und tarifunion**

Ende November fand der Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion in Berlin statt. In 17 Anträgen fordert der vhw die dbb Bundesleitung und den Bundesvorstand auf, sich für Verbesserungen in der W-Besoldung, ein einheitliches Professorenamt, eine stärkere Förderung des wiss. Nachwuchses, den tenure track für alle Hochschularten und studienzeitbezogene Einstufung der Bachelorabsolventinnen und –absolventen einzusetzen. Außerdem werden eine Reihe von Anträgen zu Problemen der Versorgung in den alten, vor allem aber in den neuen Bundesländern eingebracht.

*Der vhw fordert eindringlich, dass das Professorenamt attraktiv bleiben muss, wenn die Herausforderungen der kommenden Jahre durch das erwartete Studierendenhoch gemeistert werden sollen.*

### ▪ **W-Besoldung international nicht konkurrenzfähig**

Sowohl die Verantwortlichen an den Hochschulen als auch die Professoren halten die W-Besoldung international für kaum konkurrenzfähig. Im Wissenschaftsministerium wird nun ein Kombi-Lohn geprüft, bei dem private oder öffentliche Geldgeber das Gehalt aufstocken können.

*(bwWoche, 18.2.2008)*

### ▪ **ZVS wird zu einer Serviceeinrichtung für Hochschulzulassung weiterentwickelt**

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) wird zu einer Serviceeinrichtung für Hochschulzulassung weiterentwickelt, die sowohl von den Hochschulen als auch den Bewerbern als zentrales Portal genutzt werden kann. Über die Aufgaben der bisherigen ZVS im zentralen Vergabeverfahren hinaus soll die neue Serviceeinrichtung insbesondere Mehrfachbewerbungen in den einzelnen Studienfächern abgleichen sowie die Zulassungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Die neue Serviceeinrichtung für Hochschulzulassung wird als Stiftung des öffentlichen

Rechts errichtet. Sie soll ihre Arbeit zum Zulassungsverfahren im Wintersemester 2008/2009 aufnehmen.

*(PM der KMK, 13.12.2007)*

### ▪ **Kultusministerkonferenz beschließt Systemakkreditierung**

Das Verfahren der Qualitätsüberprüfung einzelner Bachelor- und Masterstudiengänge wird ab 2008 um die Systemakkreditierung ergänzt, mit der das Qualitätssicherungssystem einer ganzen Hochschule im Bereich von Studium und Lehre überprüft wird. Mit der Möglichkeit der Systemakkreditierung verfolgt die Kultusministerkonferenz das Ziel, den Verfahrensaufwand der Hochschulen zu reduzieren und die Zertifizierung damit zu beschleunigen. *(PM der KMK, 13.12.2007)*

### ▪ **Kriterien zur Systemakkreditierung**

Auf seiner 55. Sitzung am 29. Februar in Bonn hat der Akkreditierungsrat "Kriterien für die Systemakkreditierung" und "Allgemeine Regeln für die Durchführungen von Verfahren der Systemakkreditierung" beschlossen und damit den letzten Schritt zur Einführung der Systemakkreditierung in Deutschland vollzogen. Der Vorsitzende des Akkreditierungsrates, der Jenaer Romanist Reinhold Grimm, erklärte anlässlich der Beschlussfassung, die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen für die Qualitätssicherung sei ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Mit dem neuen Verfahren hätten die Hochschulen die Möglichkeit, den Aufwand für die externen Verfahren der Qualitätssicherung deutlich zu mindern. Allerdings stünden die Hochschulen vor großen Anstrengungen bei der Einrichtung von umfassenden internen Qualitätssicherungssystemen. „Dies ist eine große Herausforderung für die Hochschulen, und der interne Aufwand für die Qualitätssicherung wird nicht gering sein. Dennoch ist das neue Verfahren ein wichtiger Schritt hin zu weniger Bürokratie und zu mehr Autonomie der Hochschulen.“

*(<http://idw-online.de>, 3.3.2008)*

### ▪ **Zugangsmöglichkeit zum höheren Dienst für alle akkreditierten Master**

Aufgrund der inzwischen vorliegenden Erfahrungen mit der Akkreditierung von Masterabschlüssen von Fachhochschulen hat die Innenministerkonferenz nunmehr angeregt, auf die gesonderte Eignungsfeststellung im Rahmen der Akkreditierung zu verzichten und damit allen Masterabschlüssen, unabhängig davon, ob sie an einer Fachhochschule oder Universität erworben wurden, den Zugang zum höheren Dienst zu eröffnen. Durch entsprechende Beschlüsse der Kultusminis-

terkonferenz vom 20.09.2007 und der Innenministerkonferenz vom 07.12.2007 wurde die Vereinbarung aus dem Jahre 2002 ersetzt. Die geänderte Vereinbarung „Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen“ trat am 01.01.2008 in Kraft. (<http://www.kmk.org/hschule/schwerp.htm>)

#### ▪ **Erstes Gesetzes zur Umsetzung der Förderalismusreform im Hochschulbereich**

*\* Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung:*  
Betreuungstätigkeiten für eine Studienabschlussarbeit ... können durch den Dekan unter Berücksichtigung des notwendigen Aufwandes bis zu einem Umfang von zwei Lehrveranstaltungsstunden angerechnet werden, sofern das Lehrdeputat nach Studienplan und Prüfungsordnungen gewährleistet bleibt. Dabei kann der Betreuungsaufwand für die einzelne Studienabschlussarbeit in den Ingenieur- und Naturwissenschaften höchstens mit 0,6, im Übrigen höchstens mit 0,3 Lehrveranstaltungsstunden auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden.

*\* Experimentierklausel – Fakultätsdeputate:*  
Die Hochschulen können mit Zustimmung des Wissenschaftsministeriums für ihre Fakultäten Fakultätsdeputate festlegen. Das Fakultätsdeputat darf die Summe der individuellen Lehrverpflichtungen aller Lehrpersonen einer Fakultät nicht unterschreiten. ... Für die Verteilung des Fakultätsdeputats auf die einzelnen Lehrpersonen einer Fakultät ist der Vorstand im Benehmen mit dem Fakultätsvorstand zuständig. ...

*\* Berufung von Professoren:*

- Ausnahmen von der Pflicht der Ausschreibung von Professorenstellen (§ 48 Abs. 2 LHG)  
- Zwei fachkundige Frauen in der Berufungskommission (§ 48 Abs. 4 LHG)

#### ▪ **Studie über Wirkung der Hochschulräte**

Die Einführung von Hochschulräten hat bislang nicht zu einer besseren Stellung ihrer Hochschulen im Wettbewerb um Sponsoren und Drittmittel geführt. Zu dieser Einschätzung kommt die Mehrzahl der für eine repräsentative Studie der Universität Bochum befragten Hochschulleitungen. Erfüllt hat sich dagegen für die meisten Rektoren und Präsidenten die Erwartung vom externen Sachverständigen der Gremiumsmitglieder zu profitieren. Jeder Dritte nannte die verbesserte Entwicklung strategischer Ziele, jeder Vierte die Stärkung der Reformfähigkeit als positive Effekte des neuen Gremiums.

(*Frankfurter Rundschau, 6.2.2008*)

#### ▪ **Frankenberg: DFG soll Lehre fördern**

Minister Frankenberg hat vorgeschlagen, die Kompetenzen der DFG zu erweitern. Sie müsse zusätzlich herausragende Lehrprojekte fördern können, um den Wert und das Ansehen der Lehre

zu steigern. Dem Minister schwebt eine Erweiterung der DFG zu einer Deutschen Wissenschaftsgemeinschaft vor nach dem Vorbild der National Science Foundation in den USA. Frankenberg grenzt sich damit von Vorstellungen des Berliner Wissenschaftssenators Jürgen Zöllner ab, der zur Verbesserung der Lehrqualität für einen Exzellenzwettbewerb für die Lehre ist. Frankenberg meint, dass mit einem Exzellenzwettbewerb die Dauerhaftigkeit der Förderung nicht gewährleistet sei. (*Stuttgarter Nachrichten, 11.2.2008*)

#### ▪ **Exzellenz-Wettbewerb für Lehre**

Um die Entwicklung exzellenter Lehre an den Hochschulen besonders herauszustellen und zu fördern, hat die Kultusministerkonferenz gemeinsam mit dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft einen Wettbewerb gegründet. Ziel des Wettbewerbs ist es, Konzepte von Hochschulen zur Strategieentwicklung in Lehre und Studium auszuzeichnen. Der Wettbewerb richtet sich sowohl an Universitäten und gleichgestellte Hochschulen als auch an Fachhochschulen. Die einzelnen Konzepte können mit einem Preisgeld von bis zu einer Million Euro ausgezeichnet werden. Das Preisgeld wird vom Stifterverband und den Sitzländern der ausgezeichneten Hochschulen je zur Hälfte aufgebracht. Auswahlkriterien sind u.a. die bisherige Qualität und Qualitätsentwicklung der Lehre in verschiedenen akademischen Disziplinen, eine systematische Personalentwicklung, sowie ein Qualitätsmanagement für Studium und Lehre unter Einbeziehung der Studierenden. (*PM der KMK, 6.3.2008*)

#### ▪ **Uni Rektor greift IHK an**

Der Rektor der Universität Hohenheim, Hans Peter Liebig, kritisiert im Interview mit den Stuttgarter Nachrichten die Industrie- und Handelskammern massiv. Die Landesregierung habe diesen eine Art Vorprüfung der Uni Ausbaukonzepte eingeräumt. Statt Bevormundung wäre ein höherer finanzieller Beitrag gefragt, so Liebig. Von finanziellen Zusagen für den Ausbau der Unis habe er aus der Wirtschaft außer Ankündigungen bisher wenig gehört.

(*Stuttgarter Nachrichten, 18.2.2008*)

#### ▪ **Bachelorstudiengänge in Kritik**

Die Hochschulrektorenkonferenz HRK fordert eine Debatte darüber, ob die Konzentration auf den sechssemestrigen Bachelor in Deutschland überall richtig ist. Laut der HRK Präsidentin Margret Wintermantel steckt Deutschland in einer Phase der Nachbesserung. Es sei schwierig bei einem Schnellstudium noch Erfahrungen in der Berufspraxis zu sammeln sagte eine HRK Sprecherin. Bis jetzt beträgt die Regelstudienzeit bei drei Vierteln der Bachelorstudiengänge in Deutschland drei Jahre. (*Stuttgarter Zeitung, 21.2.2008*)

Hrsg., v.f.d.I.:	Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Württ., Landesvorstand.
GeschStelle:	Fon (07022)503-697, Fax 929-216, vhw-schilling@hfwu.de
Redaktion:	buechter@fh-biberach.de

**Einladung:**  
**vhw-Jahrestagung**  
**20.6.2008**  
**Hochschule Biberach**